

Sehr geehrte Frau Dirr,
gerne beantworte ich als Spitzenkandidatin der CDU Lorsch die Wahlprüfsteine des BUND Bergstraße.

Vorab möchte ich aber sagen, dass ich mir schwer tue auf Fragen mit „Ja, **auf den Fall**“ und "Nein, **das finde ich nicht richtig**" zu antworten.

Oft liegt die Wahrheit in der Mitte und man muss Sachverhalte abwägen. Ohne Details zu kennen kann ich nicht bedingungslos Ja oder Nein sagen.

Mit besten Grüßen
CDU Lorsch

Christiane Ludwig-Paul

FRAGE 1: Setzen Sie sich dafür ein, den Kommunalwald Ihrer Stadt/Gemeinde nach dem FSC Siegel zertifizieren zu lassen?

Antwort:

JA auf jeden Fall

Generell finde ich es wichtig, dass wir unseren Wald schützen und bewahren. Dazu ist eine Zertifizierung sehr hilfreich, weshalb ich die Frage mit JA benatworte.

Inwiefern das FSC Siegel dazu geeignet ist kann ich nach meinem jetzigen Wissenstand nicht abschließend beurteilen.

Derzeit wird der Wald von Hessenforst schrittweise nach FSC zertifiziert. Die Erfahrungen hieraus sollten bei weiteren Überlegungen in der Kommune einfließen.

FRAGE 2: Setzen Sie sich dafür ein, dass Glyphosat in Ihrer Stadt/Gemeinde nicht mehr auf öffentlichen und landwirtschaftlich genutzten kommunalen Flächen eingesetzt wird?

Antwort:

JA auf jeden Fall

Die Stadt Lorsch setzt Glyphosat jetzt schon nicht mehr ein.

FRAGE 3: Setzen Sie sich dafür ein, dass in Ihrer Kommune viele neue KWK-Anlagen in kommunalen und anderen Gebäuden eingebaut werden?

Antwort:

JA auf jeden Fall

Grundsätzlich begrüßenswert aber nur wenn die techn. Voraussetzungen sowie eine angemessene Wirtschaftlichkeit gegeben ist.

FRAGE 4: Setzen Sie sich dafür ein, dass in Ihrer Kommune ein öffentliches Kataster über Ausgleichsmaßnahmen und deren Pflegezustand geführt wird?

Antwort:

NEIN das finde ich nicht richtig

Ausgleichsmaßnahmen müssen durchgeführt und gepflegt werden. Ob hierzu ein öffentliches Kataster notwendig ist sehe ich aufgrund des Arbeitsaufwandes kritisch.

FRAGE 5: Setzen Sie sich dafür ein, dass Ihre Kommune nicht mehr Siedlungs- und Gewerbeflächen ausweist als es der aktuelle Flächennutzungsplan vorgibt?

Antwort:

Diese Frage lässt sich nicht mit einem einfachen Ja oder Nein beantworten. Generell gilt Innenverdichtung vor Flächenverbrauch.

Aber es gibt auch Situationen (z.B. der geplante Bau der Schön-Klinik) in denen man davon abweichen muss, um die wichtige Ziele für die Kommune zu erreichen.

--

Christiane Ludwig-Paul
Uhlandstr. 6
64653 Lorsch
Tel. 06251-987656
eMail: christiane.ludwig-paul@cdu-lorsch.de

1. Im Stadtwald mehr Natur zulassen: Machen Sie Ihren Kommunalwald zum FSC Wald!

FRAGE: Setzen Sie sich dafür ein, den Kommunalwald Ihrer Stadt/Gemeinde nach dem FSC-Siegel zertifizieren zu lassen?

JA auf jeden Fall

NEIN das finde ich nicht richtig

Begründung:

Der Wald ist für die Grünen keine Holzplantage, wir messen ihm große Bedeutung für Natur-, Landschafts- und Klimaschutz und die Erholung der Menschen bei.

Beim Lorsch Stadtwald handelt es sich um eine vergleichsweise kleine Waldfläche, deren Pflege und Bewirtschaftung sinnvollerweise dem HessenForst, Forsamt Lampertheim, übertragen wurde. Damit ist gewährleistet, dass im Zuge der von Umweltministerin Priska Hinz (GRÜNE) initiierten schrittweisen Umstellung auf FSC-zertifizierte ökologische Bewirtschaftung des Staatswaldes auch der Lorsch Stadtwald umgestellt wird.

2. Verbot von Glyphosat auf kommunalen Flächen: Machen Sie ihre Kommune zur glyphosatreien Kommune!

FRAGE: Setzen Sie sich dafür ein, dass Glyphosat in Ihrer Stadt/Gemeinde nicht mehr auf öffentlichen und landwirtschaftlich genutzten kommunalen Flächen eingesetzt wird?

JA auf jeden Fall

NEIN das finde ich nicht richtig

Begründung:

Die Krebsforschungsagentur (IARC) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend beim Menschen“ eingestuft. Die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Hessen haben daraufhin Erlasse gegen Glyphosatanwendungen im kommunalen Bereich erlassen. Die Stadt Lorsch muss dieses Handeln zum Vorbild nehmen und gemäß ihrer Mitverantwortung für den Gesundheitsschutz ihrer Bürgerinnen und Bürger gerecht werden. Wir GRÜNEN wollen über unser Antragsrecht den vom BUND geforderten kommunalen Beschluss herbeiführen.

3. Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung in kommunalen und anderen Gebäuden: Machen Sie Ihre Kommune zur Energiewende-Kommune mit Kraft-Wärme-Kopplung!

FRAGE: Setzen Sie sich dafür ein, dass in Ihrer Kommune viele neue KWK-Anlagen in kommunalen und anderen Gebäuden eingebaut werden?

JA auf jeden Fall

NEIN das finde ich nicht richtig

Begründung:

Mit dem Abschied von der Atomkraft ist ein uraltes GRÜNES Ziel im großen gesellschaftlichen Konsens für Hessen bereits erreicht: Biblis ist abgeschaltet. Nun müssen wir die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern Schritt um Schritt verringern. Wir brauchen die Energiewende, um den Klimawandel zu bekämpfen, der unsere Lebensgrundlagen und die der Tiere und Pflanzen gefährdet.

Leider hat die Bundesregierung mit ihrer Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes für einen nachhaltigen Vertrauensverlust bei Investoren gesorgt. Deshalb sind viele effiziente Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK) nicht mehr wirtschaftlich zu betreiben.

Für Lorsch hat der ZAKB (Zweckverband Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße) ein gutes Konzept für eine Nahwärmeversorgung, die alle größeren öffentlichen Gebäude umfasst, vorgestellt. Wegen hoher Investitionskosten schlummert es leider in der Schublade.

In folgenden Fällen wollen wir GRÜNEN uns für KWK-Anlagen einsetzen:

- Wenn Bau-, Renovierungs- oder Sanierungsarbeiten von größeren öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen anstehen
- Wenn Bebauungspläne im Hinblick auf Investorenwünsche geändert werden (z.B. Krankenhaus-Neubau, Gewerbeobjekte, usw.)
- Wenn neue Baugebiete erschlossen werden (gemeinschaftliche Versorgung mehrerer Gebäude oder Häuser, usw.)

4. Ausgleichsmaßnahmen verbessern: Machen Sie beschlossene Naturschutzmaßnahmen nachprüfbar!

FRAGE: Setzen Sie sich dafür ein, dass in Ihrer Kommune ein öffentliches Kataster über Ausgleichsmaßnahmen und deren Pflegezustand geführt wird?

JA auf jeden Fall

NEIN das finde ich nicht richtig

Begründung:

Wann darf ich in Natur und Landschaft eingreifen, und wie muss dann ein Ausgleich aussehen? Diese Frage soll bundesweit gesetzlich präziser geregelt werden. Dazu gehören auch öffentlich zugängliche kommunale Kataster, in denen sämtliche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie der Stand ihrer Umsetzung einzutragen sind. Nur so ist es möglich, die zahlreichen Umsetzungsdefizite endlich in den Griff zu bekommen. Eine Kompensation soll nicht nur einen rechnerischen Wertausgleich beinhalten, sondern auch die Vorgabe, mehr für genau die bedrohten Arten zu tun, deren Lebensräume durch den Eingriff in die Natur geschädigt wurden. Angebracht ist eine Pflicht zur jährlichen Vorlage des aktualisierten Katasters im zuständigen Kommunalparlament.

5. Landfraß begrenzen: Beschränken Sie Flächenverbrauch auf die Vorgaben des aktuellen FNP!

FRAGE: Setzen Sie sich dafür ein, dass Ihre Kommune nicht mehr Siedlungs- und Gewerbeflächen ausweist als es der aktuelle Flächennutzungsplan vorgibt?

JA auf jeden Fall

NEIN das finde ich nicht richtig

Begründung:

Die Lorschener GRÜNEN stimmen dieser Forderung des BUND uneingeschränkt zu.

So lehnen wir beispielsweise einen sogenannten Parkplatz-Ost auf der stadtabgewandten Seite der Weschnitz ab, weil die vorgesehene Fläche nach dem zurzeit gültigen Regionalplan 2020 durch folgende vier Kriterien geschützt ist:

- Vorranggebiet Regionaler Grünzug
- Vorranggebiet Landwirtschaft
- Vorbehaltsgebiet für vorbeugenden Hochwasserschutz
- Vorbehaltsgebiet für besondere Klimafunktionen

Mit freundlichen Grüßen

Anne Metz-Denefleh
Bündnis 90/Die Grünen

Heinrich-von-Gagern-Straße 10
64653 Lorsch

Tel.: 06251 54073

E-Mail: anne.metz-denefleh@mannheim.de